

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:
Tageblatt Riesa,
Herrn! Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieszner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beiderseits bestimmtes Blatt.

Postkontingent:
Dresden 1690.
Stempel:
Riesa Nr. 52.

Nr. 152.

Montag, 2. Juli 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieszner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift (Zelle 6 Spalten; 25 Gold-Pfennige); je Zeilenbreite 100 Gold-Pfennige; je Zeilenbreite und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Erwählter Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingehoben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kustschlag, feste Tarife. Einzelhefte 10 Pfennig, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingehoben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 30. Fernsprecher: 111. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Göttsch, Riesa.

Politische Justiz in Moskau.

Zwischen zwei politischen Richtern ist in Moskau die Gerechtigkeit geritten worden. Die innenpolitische Entfesselung und Zwecksetzung geriet immer wieder in Reibung mit den außenpolitischen Schätzungen. Das von Gerechtigkeit im eigentlichen Wortsinne bei diesem Prozeß keine Rede sein konnte und auch nicht sein sollte, ist immer wieder ausgesprochen worden. Nicht die Rechtsfindung sondern das Klasseninteresse ist Grundlage und Ziel der moskowitischen Justiz. Die Rote Fahne in Berlin schreibt sichtlich und sympathisch darüber: „Das Sowjetgericht hat nie einen Schritt von der Rote Fahne als Inkrement der Klassenherrschaft, des Klassenkampfes der Arbeiterklasse zu sein. Eben dieser rein proletarische Klassencharakter des Gerichts gibt der internat. Arbeiterklasse die Gewißheit, daß vom Moskauer Tribunal ihre Klasseninteressen gewahrt werden.“ Das genügt. Der Vorwärts kann demgegenüber mit Recht und dem Tone des Bedauerns feststellen: „Die kommunistische Lehre, die die Zweckmäßigkeit der Sowjetunion als Gegensatz zur Klassenjustiz der Bürgerl. Gesellschaft bezeichnet, setzt einen Unterschied zwischen der gewissen Zweckmäßigkeit in Sowjetrußland und der bürgerlichen Justiz. Sie zeigt die eigene Justiz in unerhörter Grausamkeit und gibt damit der Justiz des Klassegegners das Zeugnis größerer Humanität.“

Es ist angeht die Urteilsfällung angebracht, sich noch einmal Hintergründe, Zweck, Verlauf und Begleiterscheinungen dieses Demonstrationsprozesses zu vergegenwärtigen. Das Experiment der auf kommunistischer Wirtschaftsgrundlage betriebenen Industrie kann den bisherigen Ergebnissen nach als gescheitert angesehen werden. Nicht nur, wenn man unter Wirtschaftlichkeit den höchstmöglichen Profit überhaupt versteht, sondern auch wenn man die Rentabilität unter dem bestehenden Gesichtspunkte einer Uebergangswirtschaft betrachtet, die noch Erfahrungen sammeln und sich ihre eigenen Lebensformen herausbilden muß. Diese Tatsachen lassen sich auf die Dauer auch einer Arbeiterklasse nicht verheimlichen, die durch stärksten Druck gezwungen wird, alles nur durch die kommunistische Partei-Disziplin zu sehen. So mußte denn, um den bedenklichen Unzufriedenheitserscheinungen in Arbeiterklasse und Gewerkschaften entgegenzuwirken, eine Ursache für die wirtschaftlichen Mißerfolge gefunden werden. Nun hatte sich die Kritik naturgemäß besonders stark in den Kreisen der technischen Leiter der Unternehmungen verbreitet. Diese Kreise liefen mit einem Doppelschlag getroffen werden, der sie gegen sie als die Hauptträger einer kritischen Betrachtungsweise der Sowjetwirtschaft richtete und sie zugleich als die Ursache dieser Mißerfolge hinstellte. Nur auf diese Weise konnte, wenigstens für einige Zeit, die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse bis in die Wurzeln hinein beiseite getrieben werden. Der gesamte Propagandaapparat des Staates, der einjährige Apparat, der schließlich bis zur Forderung durchgedrungen ist, wurde auf die sogenannte Veranschönerung des Kapitalismus gegen die junge Sowjetwirtschaft eingesetzt. Bevor der Prozeß begann, war sein Verlauf und sein Ergebnis schon vorhergesagt worden. Die Tätigkeit deutscher Ingenieure sollte die Verbindungswege der innersowjetischen Wirtschaft zum Weltkapitalismus aufzeigen. Der Verlauf des Prozesses hat harte Unzufriedenheitserscheinungen aus Tageslicht gebracht. Er hat auch, soweit man der Sowjetjustiz überhaupt trauen kann, vielleicht Erdrückungsversuche nachgewiesen. Der Beweis für die große Veranschönerung des Kapitalismus gegen die Sowjetwirtschaft ist nicht erbracht, besonders nicht der Zusammenhang mit der deutschen Industrie. Als Kronzeuge in der kommunistischen Propaganda aufgetreten, der sich selbst belastet hatte, durch die Angabe, Bestechungsgelder abgemittelt zu haben. Das russische Gericht hat es abgelehnt, die eidlischen Aussagen der deutschen Zeugen anzuerkennen und hat sich dadurch offensichtlich und vor aller Welt der Möglichkeit beraubt, ernst genommen zu werden. Das Gericht hat alle Versuche der angeschuldigten deutschen Firmen und Vertreter, ernsthaft zu Wort zu kommen, unmöglich gemacht und zwar unter den schmerzlichen Fanfaren der Sowjetpresse, die den Sinn der Aussagen immer wieder genau in das Gegenteil verkehrt hat. Die Rolle des Bestechers ist durch den Strafakt des Staatsanwaltes genügend gekennzeichnet, der das Gericht aufforderte, diesen Mann für schuldig zu erklären, aber auf seine Verneinung zu verzichten, bezw. ihm Bewährungsstrafe zu geben. In den Rahmen dieser Art „Justiz“ paßt es hinein, daß der Ingenieur Otto seine harte Strafe angedeutet wird, obwohl der Staatsanwalt selbst angibt, daß ihm das Delikt der Übermittlung eines Bestechungsbriefes nicht nachgewiesen sei. Die außenpolitische Seite der Prozeßführung tritt in den Ausführungen des Staatsanwaltes über die Unterstützung der Sabotageorganisation durch deutsche Firmen hervor. Der Staatsanwalt behauptet, daß die geheimnisvollen Verchwörerbesprechungen, z. B. in der Rußlandabteilung der KGB, nicht von der Firma, sondern von privaten Angehörigen ausgegangen seien. Rußland will sich also bei Verletzung seines innenpolitischen Agitationszweckes nicht seine Außenpolitik stören lassen, die auf Zusammenarbeit mit dem grimmig geschmähten Weltkapitalismus hinarbeitet und hinzielen muß, wenn Rußland nicht zugrunde gehen soll. Ob diese etwas gezwungene Ausbalancierung der Interessen nach außen den gewünschten Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Dieser Prozeß ist der kürzliche Ausdruck einer ganzen Reihe von Vorgängen gewesen, die nicht gerade geeignet sind, ausländische Firmen und Einzelpersonen zu einer Zusammenarbeit mit einem Lande zu ermutigen, dem weitschweifigen Grundplänen eines Rechtsstaates fehlen. Das

Die deutschen Vorschläge im Sicherheitskomitee.

Der Senat. Die artikelweise Beratung der deutschen Vorschläge im Sicherheitskomitee beschränkte sich trotz fast vierstündiger Sitzung auf die beiden ersten Punkte. Diese enthalten die im Voraus eingehende Verpflichtung der an der Konvention teilnehmenden Staaten: erstens im Falle eines oder von den Rat getragenen Streitfalles dessen vorläufige Entscheidungen zur Verhütung einer Verschärfung des Konfliktes und zweitens die Empfehlungen des Rates zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des normalen militärischen Status quo zur Ausführung zu bringen.

Während sich der holländische Vertreter Rutgers und der schwedische Delegierte Lindan dafür aussprachen, erklärte Lord Cushing, die erste Verpflichtung nur mit sehr eingeschränkten Abänderungen annehmen zu können, während er sich über die zweite Verpflichtung vollkommen negativ aussprach.

Staatssekretär von Cimson wies die Argumente des englischen Delegierten zurück, indem er vor allem betonte, daß diese Verpflichtung die Lage des Rates nicht erleichtere, sondern vielmehr verkompliziere, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der deutschen Delegation sich beilegen ließen. Auf den von Lord Cushing ausgesprochenen Wunsch nach Jurisdiktion der zweiten Verpflichtung könne er nicht eingehen.

Sofal (Polen) erklärte, daß seine Regierung zu beiden Punkten eine zustimmende Haltung einnehme, forderte aber in bezug auf die Wiederherstellung des normalen militärischen Status quo ein weitgehendes Kontrollrecht für den Völkerbundrat, da sonst jedes System zur Kriegsverhütung wertlos und unwirksam bleibe. Eine rasch und leicht durchführbare Kontrolle sei für vom Rat zu treffende kriegsverhütende Maßnahmen wesentlich und absolut unerlässlich, und die deutsche Delegation sollte nach seiner Auffassung ihre Anregungen durch Kontrollvor schläge ergänzen.

General de Marini (Italien) bezeichnete unter Berufung auf die langwierigen Beratungen des Ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes Kontrollbestimmungen

als undurchführbar und unwirksam. Das sei bei allen Beratungen die Auffassung der großen Mehrheit der militärischen Sachverständigen gewesen und das Sicherheitskomitee müsse darauf Rücksicht nehmen, daß verschiedene Staaten diese Auffassung teilen.

Paul Boncour, der diese Frage als das Kernproblem der ganzen Debatte bezeichnete, unterwarf unter Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen ebenfalls die Notwendigkeit von weitgehenden und wirksamen Kontrollbestimmungen und benützte die Gelegenheit, um die bekannte französische These über Sanktionen und gegenfällige Unterstützung gegen den Staat zu entwickeln, der sich den Empfehlungen des Rates nicht unterwirft. Die Verwirklichung dieser Gedanken könne von der Annahme der im Voraus zu übernehmenden Verpflichtungen im Sinne der deutschen Vorschläge nicht getrennt werden. Im übrigen meinte Paul Boncour, daß die deutschen Vorschläge in die bereits vorhandenen Musterentwürfe des Sicherheitskomitees über gegenseitige Unterstützung vielleicht hineingearbeitet werden könnten.

Staatssekretär von Cimson faßte das Ergebnis der bisherigen Aussprache dahin zusammen, daß die Frage der Durchführbarkeit der Bestimmungen über die Wiederherstellung des normalen militärischen Status quo nicht nur vom rein militärischen Standpunkt betrachtet werden könne, sondern hängen politisch und rechtlich von der Politik Paul Boncours von der Schwierigkeit der Bestimmung des normalen militärischen Status quo abhänge, insoweit noch kein allgemeines Abklärungsabkommen vorhanden sei, so laute dies Argument lediglich für die Notwendigkeit der Beschleunigung der Abrüstungsarbeiten. Auch nach seiner Auffassung müsse der Rat in der Lage sein, die Durchführung der Maßnahmen zu verifizieren. Angesichts des Widerstandes gegen die von Frankreich und Polen vortragene Kontrollidee sei es Sache dieser Staaten, Vorschläge zu machen, die die Gegner dieser These annehmbar finden.

Die Fortsetzung der Aussprache findet Montag nachmittag statt.

Die Hoffnungen für Amundsen schwänden.

* Kopenhagen, 1. Juli. (Telunion.) Der vom arktischen Kongress in Petersburg zurückkehrende dänische Polarforscher berichtet über die bislangige Rettung „Valkyrie“, daß man in norwegischen Sachverständigenkreisen nunmehr von dem Untergang des französischen Flugzeuges überzeugt sei. Der Begleiter Amundsen auf dessen Südpol-Expedition, Helmer Hanssen, hat die Überzeugung ausgesprochen, daß sein Freund den Selbsttod gefunden habe. Das französische Flugzeug könne sich nach dem Urteil aller Sachverständigen nur etwa zwei Stunden lang auf dem bewegten Eismeer gehalten haben. Falls es also niedergegangen worden sei, müsse man sich sicher damit rechnen, daß Amundsen dem schnellen Tod erbeutet habe, den er sich immer für keine Person gewünscht habe. Die italienischen Piloten in Tromsø haben berichtet, daß sie die ganze Strecke zwischen Tromsø und der Bäreninsel systematisch abgesehen hätten, ohne auch nur eine Spur von dem französischen Flugzeug zu entdecken. Jetzt wird der Vorschlag gemacht, man solle Sechshundert Meter Luftballons aufblasen und das Frischwasser eingehend abwaschen. Die Sechshundert sind gewöhnlich auf zwei Kilometer Entfernung Seehunde zu entdecken und haben daher eine vorseitliche Wirkung für die Rettung. Die „Oslo“ wird am Montag unter dem Kommando eines norwegischen Marineoffiziers in See gehen.

Mißglückter Flug zum Nobles-Lager.

* Oslo. (Telunion.) Die aus Spitzbergen gemeldet wird, daß eines der schwedischen Wasserflugzeuge einen neuen Versuch unternommen, das Lager Nobles auf dem Eise zu erreichen. Es mußte jedoch infolge starken Nebels nach wenigen Stunden unverrichteter Sache zurückkehren.

Vergeblliche Nachforschungen nach der Sigleri-Gruppe.

Rom. (Funkpruch.) Nach einem von zuständigen Stellen mitgeteilten Funkpruch der „Litta di Milano“ sind gestern vormittag die beiden italienischen Wasserflugzeuge, unter Führung Rabbalenas und Venos, sowie das dreimotorige Schwedenflugzeug aufgetrieben, um die Sigleri-Gruppe mit Lebensmitteln zu versorgen und die Nachforschungen nach den Trümmern der „Italia“ aufzunehmen. Die mit Gleitflügeln vertriebene finnische Maschine ist entgegen der ursprünglichen Ansicht an der Operationsbasis zurückgeblieben, weil die Sigleri-Gruppe mitgeteilt hat, daß sich die Eisverhältnisse in der Umgebung des Lagers verschlech-

tert haben, so daß die beabsichtigte Landung des finnischen Flugzeuges unmöglich sei. Die Lage der Gruppe Sigleri ist unverändert. Die Funktion der „S. 55“ versuchte, mit der Gruppe Sigleri den dratlosen Verkehr aufzunehmen, erhielt aber auf ihren Ruf wahrscheinlich infolge der besonderen atmosphärischen Bedingungen keine Antwort. Als die 3 Wasserflugzeuge in die Nähe von Kap Smith gekommen waren, trafen sie auf dichten Nebel, der es ihnen unmöglich machte, das rote Feld der Sigleri-Gruppe zu erkennen und ihre Nachforschungen fortzusetzen, infolgedessen ließen die Flugzeuge um und trafen am Nachmittag wieder in der Vigridbuk ein. Aus dem Bericht der 3 Flugzeugführer geht hervor, daß der starke Ostwind an der Nordküste des Nordostlands Eis und Kanäle im Padeis verursacht hat, was wahrscheinlich das Sinken des Eisbrechers „Kraftin“ zur Gruppe Sigleri erleichtern wird. Der „Kraftin“ befand sich am Sonntag mittag 18 Meilen westlich der Insel Parra. Das Wasserflugzeug „Radiano I“ unter Führung des Kapitäns Danarzonni unternahm am 28. und 29. Juni von Tromsø aus mehrstündige ausgedehnte Flüge, ohne jedoch eine Spur der verschollenen „Littan“ zu entdecken.

Die Nachforschungen nach Amundsen.

Oslo. Die Meldungen, daß das Flugzeug „Littan“ mit Amundsen an Bord am 18. Juni von Spitzbergen nordwestlich der Bäreninsel gesichtet worden sei, sind unbestätigt geblieben. Die private norwegische Expedition an Bord des Dampfers „Besikfar“, der gestern von Kileland abfuhr, wird Tromsø anlaufen und dann mit den Nachforschungen besonders im Osten Spitzbergens beginnen.

Erhöhte Fahrgewindigkeit des Eisbrechers Kraftin.

Moskau. Der Eisbrecher „Kraftin“ hat am Sonntag den 78. Breitengrad passiert. Er fährt nach Ueberwindung der Padeiszone nunmehr mit einer Geschwindigkeit von 22 Kilometern in der Stunde und wird voraussichtlich am Montag am Strandungsort der „Italia“ ein treffen.

Ein weiteres Opfer der Rettungsversuche.

Berlin. (Tel.) Die Montagspost berichtet, daß von dem am Freitag von dem russischen Eisbrecher „Malgin“ zur Suche nach der Lundborg-Gruppe ausgesandten Flieger Babuschkin bis jetzt jede Nachricht fehlt. Noch kurze Zeit nach dem Start habe Babuschkin mit dem Eisbrecher in Funkverbindung gestanden, dann verstimmt sein Sender:

russische Angebot an Deutschland, in Zukunft eine engere Zusammenarbeit herzustellen, erklärt durch diesen Prozeß eine sehr einseitige Delegation. Auch in der letzten

Welt werden die Bestrebungen der russischen Außenpolitik, aus dem Zustande der Isolierung herauszukommen, nicht gerade gefördert.